

Im Gespräch mit: Thierry Burkart

Historische Pleite abgewendet, doch die Probleme der FDP bleiben: Präsident Thierry Burkart kündigt eine Woche nach den Wahlen an, die FDP in wichtigen Fragen neu aufzustellen.

«Wir haben einen Selbstzerstörungsdrang»

Doris Kleck, Stefan Bühler

FDP-Präsident Thierry Burkart ging diese Woche durch ein Wechselbad der Gefühle. Zuerst hiess es, die Mitte habe die FDP bei der Wählergunst überholt – was 175 Jahre nach Gründung des Bundesstaats als historisches Ereignis gewertet wurde. Doch dann kam aus: Das Bundesamt für Statistik hatte falsch gerechnet, die FDP bleibt nach SVP und SP drittstärkste Kraft im Land. Wir treffen Burkart in Baden, im Restaurant Pflü. Eine Runde älterer Damen erkennt ihn, wünscht lachend Selfies – das ist Balsam für den Parteichef mitten im politischen Sturm.

Herr Burkart, das Bundesamt für Statistik hat falsche Zahlen publiziert: Die FDP ist nun doch nicht hinter die Mitte zurückgefallen. Ist damit alles in Butter bei den Freisinnigen?

Thierry Burkart: Es ist zwar eine Erleichterung, dass wir immer noch Dritte sind. Aber so etwas darf nicht passieren, denn das schadet dem Vertrauen in die Demokratie. Für mich ist besonders ärgerlich, dass nun zweieinhalb Tage über die historische Niederlage der FDP gegen die Mitte, die ehemalige CVP, geschrieben wurde, die so gar nicht stattgefunden hat.

Welche Reaktion erwarten Sie von Bundespräsident Berset, zu dessen Departement das BfS gehört?

Burkart: Es ist nicht das erste Mal, dass man im Departement Berset Mühe hat mit der Digitalisierung. Es braucht unbedingt eine externe Überprüfung dieses Debakels.

Historisch war die Niederlage der FDP allerdings trotzdem, mit 14,3 Prozent der Wählerstimmen wurde ein neuer Tiefpunkt erreicht. Was haben Sie falsch gemacht?

Burkart: Es ist eine Niederlage, keine Frage. Bei der zweiten Runde der Ständeratswahlen haben wir aber immer noch die Chance, einen Sitz zuzulegen. Dann hätten wir wenigstens die Sitzzahl im Parlament gehalten. Es gibt aber nichts schönzureden.

Beim Wähleranteil gab es einen Verlust. Woran lag es?

Burkart: Wenige Tage nach dem Wahlsonntag kann ich Ihnen keine komplette Analyse liefern. Aber unsere Themen – Stromversorgungssicherheit, Altersvorsorge und Wirtschaft – haben, obwohl sie die grössten Herausforderungen sind für unser Land, nicht verfangen.

Was haben Sie nun vor?

Burkart: Ich sehe drei Punkte. Wir müssen erstens langfristig und konsequent auf unseren Themen bleiben und noch klarer Kante zeigen. Zweitens müssen wir geschlossener werden: Wir haben nach wie vor einen gewissen Selbstzerstörungsdrang. Wenn eine Kantonalpartei entscheidet, eine Listenverbindung einzugehen, wie zum Beispiel in Zürich mit der SVP, dann hilft es uns nichts, wenn dieser Entscheid – auch wenn er knapp war – hernach in der Öffentlichkeit zerredet wird. Die Stärke der Partei hängt auch von der Loyalität jedes einzelnen Mitglieds ab.

Und Ihr dritter Punkt?

Burkart: Wir sind eine der Parteien mit den rückständigsten Strukturen. Das müssen wir ändern. Es ist heute nicht mehr mög-

lich, Föderalismus in Reinkultur zu leben, wenn man bei nationalen Wahlen Erfolg haben will. Andere Parteien machen das besser, sie führen viel zentraler. Bei uns agieren die Kantonalparteien weitgehend unabhängig und ohne Absprache.

Sie fordern mehr Macht für die FDP Schweiz?

Burkart: Ich will nicht den Föderalismus in der FDP aushebeln. Aber gewisse Dinge müssen wir zentraler steuern. Zum Beispiel Fragen zu den Ständeratskandidaturen und Listenverbindungen. Bei uns läuft das vollumfänglich in den Kantonen – bei der Mitte-Partei redet Präsident Pfister direkt drein.

Wo hat sich denn Gerhard Pfister eingemischt?

Burkart: Im Thurgau hat Pfister interveniert. Er wollte Bedingungen für Listenverbindungen in anderen Kantonen stellen. Bei der FDP könnte ich als Präsident aber solche Vereinbarungen über mehrere Kantone leider gar nicht aushandeln. Im Thurgau ist die Listenverbindung FDP-Mitte nur zustande gekommen, weil die Kantonalparteien von FDP und Mitte zuvor bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet hatten; das brachte uns einen Sitz.

Und jetzt, bei der zweiten Runde der Ständeratswahlen: Gibt es da Deals mit anderen Parteien?

Burkart: Ich bin ganz offen zu Ihnen: Ich erlaube zum Teil aus der Presse, und mit ihr Tiana Moser, immer stärker nach links. Frau Moser ist keine Bürgerliche. Insofern teile ich die Auffassung der Zürcher FDP, dass wir mehr Überschneidungen mit Gregor Rutz haben.



«Wenn man der FDP einen Sitz wegnimmt, dann wird das linke Lager gestärkt.»

Ein Problem der FDP, das sie nicht angesprochen haben, ist das Verhältnis zur SVP. Sie werden oft bloss noch als deren Juniorpartnerin wahrgenommen. Etwa bei verschiedenen Ständeratswahlen wie in Zürich: Warum unterstützt die FDP Gregor Rutz von der SVP, einen Rechtspopulisten, und nicht Tiana Angelina Moser von der GLP, die sich ja auch als liberal bezeichnet?

Burkart: Die GLP kann sich bezeichnen, wie sie will. Tatsächlich rückt sie, und mit ihr Tiana Moser, immer stärker nach links. Frau Moser ist keine Bürgerliche. Insofern teile ich die Auffassung der Zürcher FDP, dass wir mehr Überschneidungen mit Gregor Rutz haben.

Und wie ist Ihre Bilanz bei den umstrittenen Listenverbindungen mit der SVP?

Burkart: Das müssen wir noch genau analysieren. Immerhin, in Zürich konnten wir unseren fünften Sitz nur dank dieser Listenverbindung halten. Wenn zudem Geri Pfister den Mitte-Kantonalparteien mehr oder weniger flächendeckend Listenverbindungen mit der GLP verordnet, bleiben uns nicht viele andere Partner als die SVP. Ich bin grundsätzlich für die Abschaffung der Listenverbindungen. Aber solange es sie gibt, muss man leider nach diesen Regeln spielen, sonst hat man einen Nachteil.

Trotzdem verfestigt sich der Eindruck, dass sie vor allem die Nähe der SVP suchen.

Burkart: Nein, aber ich versuche, unter den Bürgerlichen so gut es geht zusammenzuarbeiten. Andernfalls stärken wir die Linken, denn SP und Grüne sind sehr geschlossen. Wir hatten früher noch mehr Listenverbindungen, meist auch zusammen mit der CVP. Das ist heute kaum noch möglich. Die Abgrenzung im bürgerlichen Lager hat zugenommen, gleichzeitig ist die Kompromissbereitschaft innerhalb des bürgerlichen Lagers gesunken.

Ist eine lösungsorientierte Zusammenarbeit mit der SVP überhaupt möglich?

Burkart: Es ist mitunter sehr schwierig, denn die SVP gibt sich zugunsten ihres Wahlerfolgs teilweise kaum kompromissbereit. Aber in den Kommissionen finden

wir immer wieder Lösungen mit der SVP. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik und bei den Reformen der Altersvorsorge gibt es viele Überschneidungen. Mit der Mitte ist es insbesondere im Nationalrat sehr viel schwieriger geworden: Gerhard Pfister will unter anderem in der Sozialpolitik viel enger mit den linken Parteien zusammenarbeiten. Die Mitte hat sich nach links verabschiedet. Offenbar hat sie damit Erfolg. Ein Erfolg teilweise auf Kosten der bürgerlichen Politik.

Die FDP bleibt drittstärkste Partei. Ist damit bei den Bundesratswahlen das Thema einer neuen Zauberformel erledigt?

Burkart: Für den Moment ja. Aber die Zusammensetzung des Bundesrats ist immer ein Thema. Ich bin nicht der Meinung, dass im Bundesrat alle Parteien vertreten sein müssen. Die Entscheidungs- und Führungsfähigkeit des Gremiums würde nicht erhöht, wenn weitere Parteien in den Bundesrat kommen.

Erzielte im Aargau als Ständerat ein Spitzenergebnis, seine FDP hingegen erreichte national einen neuen Tiefpunkt: Parteichef Thierry Burkart. BILD KEY

Die Idee der Konkordanz ist, dass alle wichtigen Kräfte in die Regierung eingebunden werden.

Burkart: Die Idee der Konkordanz ist, dass man kein Regierungs- und Oppositionssystem will. Im Umkehrschluss heisst das aber nicht, dass alle Parteien in der Regierung vertreten sein müssen. Der Bundesrat muss sowieso unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung das Gesamtwohl des Landes im Auge haben.

Sie halten also an der sogenannten Podestlogik fest, wonach die drei grössten Parteien des Landes Anspruch auf drei und die viertstärkste Partei einen Sitz hat?

Burkart: Es macht daher Sinn, weil es ein Kompromiss zwischen einer hohen Repräsentanz der politischen Strömungen sowie der Funktionsfähigkeit des Gremiums ist. In den Bundesrat gehört, wer die Kraft hat, andernfalls eine lähmende Oppositionspolitik zu betreiben. Die Grünen oder die GLP sind noch lange nicht so weit.

Die Anzahl Sitze in der Bundesversammlung ist die harte politische Währung. Das ist doch wichtiger als der Wähleranteil.

Burkart: Beides ist wichtig: Die Fraktionsstärke und der Wähleranteil. FDP und Mitte liegen in beiden Punkten nahe beieinander. Insofern ist klar: Die Frage nach der Verteilung der Bundesratssitze wird sich spätestens in vier Jahren wieder stellen. Wenn wir die Diskussion um den zweiten Bundesrats-sitz nicht führen wollen, müssen wir 2027 gewinnen.

Weshalb muss denn ausgerechnet die FDP zwei Sitze haben?

Burkart: Die FDP ist wie die SP im ganzen Land vertreten und verankert. Wir sind Volksparteien, von unten gewachsen. Wir sind in allen Kantonen in der Regierung und im Parlament stark vertreten und übernehmen in den Gemeinden Verantwortung. Das gibt uns Legitimität in der Landesregierung. Aber es gibt auch noch einen zweiten, politischen Grund.

Nämlich?

Burkart: Wenn man der FDP einen Sitz wegnimmt, dann wird das linke Lager gestärkt. Das kann man wollen, es kann aber nicht im Sinn der Bürgerlichen sein.

Selbst die NZZ hat geschrieben, ein Sitzverlust im Bundesrat könnte für die FDP ein heilsamer Schock sein. Wie einst bei der CVP.

Burkart: Der Anspruch an uns muss sein, dass wir die FDP wieder stärken, ohne einen Sitz im Bundesrat zu verlieren. Zudem hat sich die CVP mit der BDP zur Mitte fusioniert und den Wähleranteil leicht gesteigert. Das ist ein Erfolg für sie, doch neu erfunden hat sich die Mitte damit nicht.

Wir fragen uns, wie die FDP wieder wachsen will.

Burkart: Indem wir das hervorheben, was nur wir sind: Das liberale Original. Wer eine liberale Politik will, und das sind sehr viele Schweizer, wählt am besten FDP. Ich bin überzeugt, dass wir so gewinnen. Im Übrigen sind wir in manchen Kantonen noch die stärkste Kraft, besonders in der Romandie.

Aber freisinnige Welsche sind in der Deutschschweiz parteiintern als etatistisch verschrien.

Burkart: Nein, sie haben einfach eine andere Auffassung von Bürgertum und Staat. Und das zeigt die Historie von unserem Land und der FDP. Wir sind von unten gewachsen und nicht von oben herab.

Geht es der Schweiz zu gut, als dass der Freisinn Erfolg haben kann?

Burkart: Falls der Preis ist, dass es der FDP schlecht geht, wenn es der Schweiz gut geht, dann könnte ich damit leben. Ja, heute geht es uns noch gut. Doch die Wirtschaftsaussichten verdüstern sich: Wir laufen mit sehenden Augen in einen Stromengpass, wir werden älter und tun so, als ob dies keine Auswirkungen auf die Altersvorsorge oder auf unsere Gesellschaft hat. Wir laufen Gefahr, dass wir die erste Generation sein werden, denen es besser geht als der nachfolgenden. Das darf doch nicht sein. Wir werden unserer Verantwortung nicht gerecht.

Wo es nochmals spannend wird



31 Ständerätinnen und Ständeräte haben die Wahl im ersten Anlauf geschafft. Zwei weitere Anwärter konnten inzwischen aufatmen: Im Kanton Bern sind Werner Salzmann (SVP) und Flavia Wasserfallen (SP) in stiller Wahl gewählt, da sich die anderen Kandidierenden zurückzogen. Damit kommt die Mitte bisher auf 10 Sitze, die FDP auf 9. Dahinter folgen die SP (6), die SVP (5) und die Grünen (3). Inzwischen ist klar: Die FDP kann die Mitte im Ständerat nicht überholen.

Für den Freisinn sind die Zürcher Ständeratswahlen eine Schlappe. FDP-Nationalrätin Regine Sauter hat sich nach einem mittelmässigen Ergebnis im ersten Wahlgang aus dem Rennen genommen. Nun kommt es zum Duell zwischen GLP-Nationalrätin Tiana Moser und SVP-Nationalrat Gregor Rutz. Die Ausgangslage ist spannend. Rutz kann zwar auf die offizielle Unterstützung der FDP zählen, doch sie fällt eher kühl aus. Vieles wird davon abhängen, wer am Ende besser mobilisiert.

Auch im Kanton Solothurn hat der FDP-Kandidat nach dem ersten Wahlgang das Handtuch geworfen. Nun kommt es zum Duell: SP-Nationalrätin Franziska Roth versucht den frei werdenden SP-Sitz gegen SVP-Nationalrat Christian Imark zu verteidigen. Wie in Zürich empfiehlt die FDP offiziell den SVP-Kandidaten zur Wahl.

Im Aargau kommt es zum Duell zwischen Benjamin Giezendanner (SVP) und Marianne Binder (Mitte). Die anderen Kandidatinnen, darunter SP-Nationalrätin Gabriela Suter, haben sich zurückgezogen und hinter Binder gestellt. Giezendanner schnitt im ersten Wahlgang deutlich besser ab als die Konkurrentinnen. Die FDP, die ihren Sitz bereits im Trockenen hat, unterstützt Giezendanner, was allerdings umstritten ist.

Für den Vater der Abzockerinitiative, den parteilosen Schaffhauser Thomas Minder, wird der zweite Wahlgang zur Zitterpartie. Im ersten Wahlgang rutschte er hinter den gewählten Hanes Germann (SVP) und Simon Stocker (SP) auf Rang 3. Eine gute Nachricht ist für ihn der Verzicht von Nina Schärren (FDP).

Im Tessin werden beide Sitze im zweiten Wahlgang bestimmt. Favorit ist SVP-Parteipräsident Marco Chiesa, der im ersten Durchgang am meisten Stimmen erzielt hat. Beim zweiten Sitz dürfte es eine enge Ausmarchung zwischen Mitte-Nationalrat Fabio Regazzi und FDP-Nationalrat Alex Farinelli werden – mit Vorteil Regazzi. Sicher ist: Die SP kann ihren Sitz von Marina Carobio nicht verteidigen. Der Grünen-Nationalrätin Greta Gysin werden bloss Aussenseiterchancen zugerechnet.

Im Kanton Genf müssen die Bisherigen Lisa Mazzone (Grüne) und Carlo Sommaruga (SP) zittern: Sie werden von Mauro Poggia (MCG) und Céline Amaudruz (SVP) ernsthaft herausgefordert.

Im Kanton Freiburg steigen die Bisherigen Isabelle Chassot (Mitte) und Johanna Gapanj (FDP) nach dem Rückzug der SVP als klare Favoritinnen ins Rennen gegen den SP-Herausforderer. FDP-Nationalrat Philippe Nantermod will die Walliser CVP-Bastion knacken. Die bisherigen Mitte-Ständeratsmitglieder Beat Rieder und Marianne Maret sind aber deutlich im Vorteil.

Der Waadtländer FDP-Kandidat Pascal Broullis ist gegen den Grünen Raphaël Mahaim in der Poleposition. (*chm*)

SP und Grüne schliessen die Reihen

Die Grünen vertagen ihren Entscheid über eine Bundesratskandidatur, weil ihr die Polizei das Licht löscht. Die SP tappt indes nicht im Dunkeln: Ihr zweiter Sitz im Bundesrat ist kaum in Gefahr.

Benjamin Rosch

Und irgendwie passte diese Episode zu einer verkorksten Wahl mit verpeilten Hochrechnungen, langsamen Auszählstufen und einem sich verrechnenden Bundesamt für Statistik: Am Freitagabend hatte sich eine ansehnliche Journalistenschar vor dem Kommissionenzimmer 4 im Bundeshaus versammelt. Hinter verschlossener Tür verhandelte die grüne Fraktion den Entscheid, ob und wie sie zu den Bundesratswahlen antreten will.

Am Ende mussten alle unverrichtete Dinge abzoteln, weil die Polizei den Grünen das Licht abzudrehen drohte: Das Kommissionenzimmer 4 richtet sich gegen den Bundesplatz

und würde deshalb die traditionelle Lichtershow stören, die um 19 Uhr zu beginnen hatte. Jetzt wollen die Grünen am Samstag virtuell fertig beraten, verkündete eine perplex Fraktionspräsidentin Aline Trede.

Der SP werden die Grünen keine schlaflose Nacht bereiten: Das Momentum liegt ganz bei den Genossen. Das war nicht immer so: Von «Jusofizierung» war die Rede. Oder, wenn man sich nicht recht traute, mindestens vom Oxymoron: «Alt-Juso». Als Mattea Meyer und Cédric Wermuth 2020 den Posten an der Spitze der SP übernahmen, begleitete sie der Vorwurf, die SP (zu) links auszurichten. Darauf folgende schwache Kantonsresultate schienen diese These zu untermauern.

Wohl nicht zuletzt deshalb und weil das SP-Resultat in den statistischen Wirren um den Wahlsonntag (zu) wenig Beachtung fand, strich Wermuth nochmals auf Twitter den Triumph seiner Partei heraus: «+1,5 Prozent ist der grösste Zugewinn an einem Wahltag für die SP seit 30 Jah-

ren und der drittgrösste seit 1971. Erst zum zweiten Mal seit 1971 gelingt es einer grossen Partei, drei Viertel der Verluste innert vier Jahren wieder wettzumachen», schrieb er. Die SP wächst, wo auch die Schweiz wächst: in den Städten. Die Nachwahlanalyse zeigt, dass nicht zuletzt enttäuschte Grün-Wählende von 2019 zur SP übergelaufen sind. Die deutlich klarere innerlinke Hackordnung ist auch vor dem Hintergrund der anstehenden Bundesratswahlen von Bedeutung. Vor allem im Sommer hatten die Grünen um Fraktionspräsidentin Aline Trede öffentlich damit geflirtet, im Dezember den frei werdenden SP-Sitz von Alain Berset ins Auge zu fassen. Noch im September verschickten die Grünen eine Medienmitteilung mit dem Titel «Grüne legen Etappenplanung für Bundesratswahlen fest». Gleichzeitig baute sich die Partei eine Guillotine für die eigenen Ambitionen: Sollte sie die Parteistärke von 10 Prozent nicht erreichen, würden die Pläne für den Einzug in die Landesregierung abgeblasen.

Diese Drohkulisse – oder wars eine Mobilisierungsmassnahme im Wahlkampf? – entpuppte sich letztlich als zu grosse Hürde: Mit 9,8 Prozent verfehlten die Grünen ihr Ziel knapp.

Was in der parteiinternen Diskussion aber mindestens ebenso schwer wiegt, ist der ausstehende Ständeratswahlkampf. In drei Kantonen sind die Grünen auf Mithilfe aus dem sozialdemokratischen Elektorat angewiesen: In Genf, in der Waadt und im Tessin dürfen grüne Politikerinnen und Politiker sich Chancen ausrechnen, ins Stöckli einzuziehen. Da passt ein gleichzeitiger Konkurrenzkampf um die Nachfolge von Alain Berset denkbar schlecht in die Agenda.

Der Angriff auf die SP, wenn es ihn denn je gegeben hat, ist damit abgeblasen. Nun muss sich die Partei nur noch die Frage stellen, ob sie einen Harakiri-Angriff auf einen FDP-Sitz unternimmt, ohne dass dieser zur Disposition wäre. Es wäre eine Überraschung – aber solche haben diese Wahlen ja schon so manche bereitgehalten.

Anzeige

Sichern Sie sich Ihr Mobile-Abo

ab nur 9.90/Mt.

Jetzt bis zu 50% Rabatt sichern

Die Promotion gilt bei Neuanbestellung oder Upgrade (ausserhalb der Mindestvertragsdauer) eines Mobile-Abos. Der Rabatt gilt während der ersten 12 Vertragsmonate und wird in Form einer monatlichen Gutschrift gegen die Abgebühr verrechnet. Nach Ablauf der Rabattzeit gilt der reguläre Preis des jeweiligen Abos. Mindestvertragsdauer 24 Monate. Gültig bis 31.03.2024.